



## **NIEDERSCHRIFT**

### **12. Sitzung (VIII. Wahlperiode) Hauptausschuss**

Sitzungsdatum:  
**Dienstag, 20.09.2011**

Beginn:  
**18:00 Uhr**

Sitzungsort:  
**Schulungsraum Feuerwache,  
41352 Korschenbroich**

### **Tagesordnung:**

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 30.07.2011 zu Veröffentlichung der Tagesordnung aller Ausschüsse VIII/467
4. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 19.07.2011 zum Leitfaden zur Korruptionsprävention VIII/468
5. Umbesetzung/Neubestellung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses der Stadt Korschenbroich VIII/450
6. Verlagerung der Städtischen Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung und Stadtpflege VIII/466
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Mitteilungen  
Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldforderungen
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## Anwesenheitsliste

### 12. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 20. September 2011, 18:00 Uhr

---

#### Anwesend:

#### **Ausschussvorsitzender**

Dick, Heinz Josef

#### **CDU-Ratsfraktion**

Berger, Peter  
Brieske, Reinhard  
Heimanns, Hans Bert  
Kauerz, Wolfgang  
Krappa, Gerd  
Lieser, Wolfgang  
Venten, Marc

#### **SPD-Ratsfraktion**

Jahny, Paul  
Klancicar, Marcus (als Vertreter für Richter, Albert)  
Neumann, Max

#### **Ratsfraktion Die Aktive**

Endell, Hanns-Lothar  
Goebel, Jutta

#### **FDP-Ratsfraktion**

Gruhl, Hermann-Joseph (als Vertreter für Trautermann, Herbert)  
Wolf-Kluthausen, Hanne

#### **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Houben, Wolfgang

#### **Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW**

Makowiack, Bernd

#### **Von der Verwaltung anwesend**

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter  
Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg  
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus  
Stadtverwaltungsrat Baches, Peter  
Stadtamtmann Berns, Dirk  
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 12. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

**II. Öffentlicher Teil**

**1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird der Stadtamtmann Dirk Berns einstimmig bestellt.

**2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel einstimmig benannt.

**3. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 30.07.2011 zu Veröffentlichung der Tagesordnung aller Ausschüsse**

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert für die Ratsfraktion Die Aktive, dass der Rechnungsprüfungs- und der Liegenschaftsausschuss betroffen seien, da deren Tagesordnungen nicht im Internet veröffentlicht würden. Er betont, dass sich der Antrag nur auf die Tagesordnungen und nicht auf die Sitzungsvorlagen beziehe. Die Ratsfraktion Die Aktive sei der Auffassung, dass die Öffentlichkeit bei allen Ausschüssen informiert werden sollte, was in den jeweiligen Sitzungen behandelt werde. Dies würde auch der Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichtes Münster entsprechen. Auch der Rhein-Kreis Neuss und die Stadt Neuss würden so verfahren. Hier würden sogar Teile aus der Sitzung veröffentlicht.

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass die Tagesordnungen der genannten Ausschüsse ab sofort in den Schaukästen der Stadt Korschenbroich ausgehängt werden könnten. Darüber hinaus wäre eine Aufnahme in das Amtsblatt möglich, sofern das Datum der Erscheinung hinreichend vor dem nächsten Sitzungstermin liege. Er erklärt weiter, dass das bei der Stadt Korschenbroich eingesetzte Ratsinformationssystem es nicht als Standard vorgesehen würde, Tagesordnungen, die rein nichtöffentlich seien, im Internet abzubilden. Von einer Änderung der Software rate er wegen der damit verbundenen Kosten ab. Zu den angesprochenen Sitzungen des Rhein-Kreises Neuss weist er darauf hin, dass diese in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufgeteilt seien. Die Stadt Korschenbroich habe dagegen in der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse bislang festgelegt, dass

der Rechnungsprüfungsausschuss nichtöffentlich tage. Insofern könne das dargestellte Softwareproblem auch durch eine Änderung der Geschäftsordnung gelöst werden. Auch er hätte die Thematik der zukünftigen organisatorischen Ausrichtung der örtlichen Rechnungsprüfung gerne in öffentlicher Sitzung behandelt, aber dies sei aufgrund der Regelungen in der Geschäftsordnung der Stadt Korschenbroich nicht möglich gewesen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben möchte wissen, ob eine Veröffentlichung möglich wäre, wenn die beiden Ausschüsse über einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil verfügen würden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bestätigt dies und stellt dabei fest, dass die Stadt Korschenbroich mit ihren Veröffentlichungen im Netz im Gegensatz zu anderen – auch größeren - Städten bereits schon jetzt sehr gut repräsentiert sei.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel fragt nach, ob ein Aushang der Tagesordnungen in den Schaukästen und eine Veröffentlichung im Amtsblatt möglich seien.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt aus, dass der Aushang in den Schaukästen unproblematisch sei. Voraussetzung für den Druck im Amtsblatt sei allerdings ein rechtzeitiger Erscheinungstermin. Zusätzlich würden die Tagesordnungen auch an die Presse gegeben, was bisher bei den nichtöffentlichen Sitzungen noch nicht der Fall gewesen sei.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben bemängelt, dass die Software des Ratsinformationssystems nicht auf den Nutzer angepasst werde. Weiter regt er an, die Verwaltung damit zu beauftragen, die Tagesordnungen der beiden betroffenen Ausschüsse mit einem öffentlichen Teil zu versehen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick zeigt auf, dass die Software auf die Bedürfnisse vieler Kommunen gebündelt angepasst werden müsse. Sofern dann von einzelnen Kommunen noch individuelle Wünsche hinzu kämen, sei dies folglich mit zusätzlichen Kosten verbunden. Insofern sei für die Umsetzung des vorliegenden Antrages ohne Mehrkosten zu verursachen eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig.

Das Ausschussmitglied Marc Venten ist der Auffassung, dass der Aufwand einer Änderung der Geschäftsordnung nicht betrieben werden müsse, da der Antrag der Ratsfraktion Die Aktive so verabschiedet werden könne. Das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit könne durch den Aushang in den Schaukästen befriedigt werden. Bei der Einstellung in das Internet handele es sich um eine zusätzliche freiwillige Leistung.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny gibt zu Bedenken, dass bei Umsetzung der angeregten Änderung der Geschäftsordnung im öffentlichen Teil dennoch evt. nur die Bestellung des Schriftführers und die Benennung des Mitgliedes zur Mitunterzeichnung behandelt werden könnten. Dies könnte sich für die anwesenden Bürgerinnen und Bürger als unbefriedigend darstellen. Insofern regt er hierzu nochmals eine fraktionsinterne Beratung an. Momentan sehe er mit der Weitergabe der Tagesordnungen an die Presse eine hinreichende zusätzliche Information der Öffentlichkeit.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen schließt sich der Meinung des Ausschussmitgliedes Wolfgang Houben an, da Korschenbroich doch eine moderne Verwaltung sein wolle.

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist nochmals daraufhin, dass im Liegenschaftsausschuss der Stadt Korschenbroich rein nichtöffentliche Themen behandelt würden und ein Vergleich mit der Stadt Neuss nicht möglich sei. Für die Bürgerschaft sei daher eine Teilnahme an

einem öffentlichen Teil des Liegenschaftsausschusses nicht sonderlich informativ. In der Folge seien einzig die Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses diskutabel.

Zusammenfassend schlägt Bürgermeister Heinz Josef Dick zum Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 30.07.2011 bezüglich der Veröffentlichung der Tagesordnungen aller Ausschüsse vor, ab sofort auch die Tagesordnungen der Ausschüsse, die nichtöffentlich tagen, in den Schaukästen der Stadt Korschenbroich auszuhängen und an die Presse weiterzugeben. Sofern mit dem Erscheinungstermin vereinbar, könne auch eine Veröffentlichung im Amtsblatt erfolgen. Zu der von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Änderung der Geschäftsordnung sollen noch einmal entsprechende Abwägungen in den Fraktionen stattfinden.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack weist noch darauf hin, dass bei Einführung eines öffentlichen Teils in den genannten Ausschüssen auch eine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner vorgesehen werden müsse.

<b>Beschluss-Nr. VIII/467</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>16 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Tagesordnungen der Ausschüsse, die nichtöffentlich tagen, zukünftig analog der übrigen Ausschusssitzungen bekannt zu machen.</p> <p>Gleichzeitig verweist der Hauptausschuss den Vorschlag, die Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich dahingehend zu ändern, dass der Rechnungs- und Liegenschaftsausschuss zukünftig auch einen öffentlichen Teil beinhalten, zur Erörterung in die Fraktionen.</p>	

#### **4. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 19.07.2011 zum Leitfaden zur Korruptionsprävention**

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert zum Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, dass für die Ratsmitglieder anders als für die Bediensteten keine ausdrücklichen Regelungen zur Korruptionsprävention bestehen würden. Allerdings seien auch die Ratsmitglieder in einem gewissen Umfang Gefährdungen ausgesetzt. Im Nachgang zu einem Seminar zur Korruptionsvorbeugung im Juli 2011 habe die Ratsfraktion Die Aktive daher einen Leitfaden zur Korruptionsprävention erarbeitet. Er halte den Vorschlag für moderat, mit dem ein gutes Zeichen nach außen gesetzt werden könne.

Das Ausschussmitglied Marc Venten bezeichnet das Thema Anti-Korruption als immer aktuell, auch wenn es derzeit keinen konkreten Fall in Korschenbroich gebe. Für die Mitarbeiter der Verwaltung sei eine Dienstanweisung vorhanden, die nicht auf die Ratsmitglieder anwendbar sei. Die CDU-Ratsfraktion habe intern erörtert, wie häufig es in der Vergangenheit anzeigepflichtige Angelegenheiten gegeben habe. Man denke, dass dies bislang noch nicht der Fall gewesen sei.

Zum vorliegenden Leitfaden sei die CDU-Ratsfraktion der Auffassung, dass einige Punkte so nicht verabschiedet werden sollten, da diese unklar formuliert seien. Die CDU-Ratsfraktion schlage daher folgende Änderungen vor:

- **Punkt B. „Ältestenrat“**  
Die für den Ältestenrat vorgesehenen Funktionen sollen durch den Bürgermeister wahrgenommen werden, da er Vorsitzender des Ältestenrates ist. Insofern sollen die Sätze 1 und 2 des Punktes B ersatzlos entfallen und die Sätze 3 und 4 Ziffer 10 (*Anm.: neu Ziffer 7*) des Leitfadens werden. Damit entfällt der Punkt B „Ältestenrat“ und im gesamten Leitfaden soll der Ältestenrat durch den Bürgermeister ersetzt werden.
- **Punkt 3. „Anzeigepflichten“**  
Satz 2 soll wie folgt ergänzt werden ..... oder sonstige Tätigkeiten – soweit sie **Interessen der Stadt Korschenbroich betreffen** und nicht dem Hauptberuf zuzuordnen sind - dem Bürgermeister anzuzeigen.
- **Punkt 5. „Hinweise auf Mitgliedschaft“**  
Dieser Punkt soll komplett entfallen.
- **Punkt 6. „Reisen und Fahrten“**  
Da nicht erkennbar sei, welcher Anwendungsfall in Korschenbroich eintreten könne, solle auch dieser Punkt komplett gestrichen werden.
- **Punkt 7. „Einladungen“ (Anm.: neu Ziffer 4)**  
Satz 3 soll wie folgt ergänzt werden .....im Auftrag des Rates, **im Auftrag einer Fraktion** oder in Vertretung .....
- **Punkt 9. „Geschenke“ (Anm.: neu Ziffer 6)**  
Die Sätze 1 und 3 sollen wie folgt ergänzt werden:  
  
Satz 1: ..... sowie immateriellen Vorteilen **in Ausübung des Ratsmandates** ist grundsätzlich nicht zulässig  
  
Satz 3: ..... oder Veranstaltungen sind – **sofern sie in Ausübung des Ratsmandates angeboten oder angenommen wurden** – dem Bürgermeister anzuzeigen, wenn.....
- **Punkt 10 Inkrafttreten und Geltungsdauer (Anm.: neu Ziffer 9)**  
Die Geltungsdauer soll bis zum Ende der laufenden Wahlperiode festgesetzt werden.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny richtet seinen Dank an die Ratsfraktion Die Aktive, dass diese das Thema aufgegriffen habe. Die SPD-Ratsfraktion habe sich ebenfalls die Frage gestellt, inwieweit der Ältestenrat die vorgeschlagenen Funktionen wahrnehmen könne. Da auch die Ehrenordnung der Stadt Korschenbroich eine Auskunftspflicht gegenüber dem Bürgermeister vorsehe, halte die SPD-Ratsfraktion den Bürgermeister für den vorgelegten Leitfaden für den besseren Adressaten. Hinsichtlich der sonst von der CDU-Ratsfraktion vorgeschlagenen Änderungen solle noch einmal der Vergleich zur Vorlage hergestellt werden. Zu Punkt 6 „Reisen und Fahrten“ stellt er fest, dass ihm dieser Anwendungsfall in seiner bisherigen Mandatstätigkeit noch nicht begegnet sei und mit dem Leitfaden insgesamt ein örtlicher Bezug hergestellt werden sollte. Grundsätzlich halte er den Leitfaden für eine gute Sache.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen befürwortet den Leitfaden und stellt fest, dass sich dieser auf Korschenbroicher Verhältnisse beziehen sollte.

Das Ausschussmitglied Gerd Krappa verweist auf die Regelungen des seit 2004 geltenden Korruptionsbekämpfungsgesetzes und kann den Antrag daher nicht vollends nachvollziehen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick hebt positiv hervor, dass alle Ratsmitglieder bereits Erklärungen zur Ehrenordnung und zur Korruptionsbekämpfung unterzeichnet hätten. Ergänzend seien nun weitere Punkte im Leitfaden zur Korruptionsprävention aufgenommen worden. Er regt daher an, den Leitfaden zusätzlich umzusetzen und die Punkte in der nächsten Wahlperiode in die Ehrenordnung einzuarbeiten. Er stellt fest, dass nun zwei Vorschläge vorliegen würden, die sich inhaltlich leicht unterscheiden würden und fragt nach, wie hiermit umgegangen werden solle.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben hält die von der CDU-Ratsfraktion vorgeschlagenen Präzisierungen hinsichtlich der Ratsmandatsschaft nicht unbedingt an allen Stellen für notwendig, da dieser Bezug auch schon in der Präambel enthalten sei. Er schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, die Änderungsvorschläge einzuarbeiten und im Rat eine modifizierte Fassung des Leitfadens zur Korruptionsprävention vorzulegen.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell teilt mit, dass sich die Ratsfraktion Die Aktive den Vorschlägen der CDU-Ratsfraktion nicht verschließe und den Vorschlag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworte.

Anschließend erfolgt der Beschluss zum Vorschlag des Ausschussmitgliedes Wolfgang Houben, wonach die Verwaltung zum Leitfaden Korruptionsprävention einen überarbeiteten Vorschlag für den Rat der Stadt Korschenbroich erarbeiten soll.

<b>Beschluss-Nr. VIII/468</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>16 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, die von der CDU-Ratsfraktion vorgetragene Änderungen in den vorliegenden Leitfaden zur Korruptionsprävention der Ratsfraktion Die Aktive einzuarbeiten und dem Rat der Stadt Korschenbroich eine modifizierte Fassung vorzulegen.	

**5. Umbesetzung/Neubestellung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses der Stadt Korschenbroich**

<b>Beschluss-Nr. VIII/450</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>16 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich mit sofortiger Wirkung folgende Umbesetzung/Neubestellung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses zu beschließen:</p> <p><b><u>1. Vorsitzender</u></b></p> <p>Für den zum 30.06.2011 ausgeschiedenen Vorsitzenden, Ltd. Ministerialrat a.D. Hans Drees, wird sein bisheriger Stellvertreter, Herr Ingo Schabrich, Leiter des Dezernats II des Kreises Viersen, als Vorsitzender bestellt.</p> <p><b><u>2. Stellv. Vorsitzender</u></b></p> <p>Für den bisherigen stellv. Vorsitzenden Ingo Schabrich wird der Leiter des Rechtsamtes des Rhein-Kreises Neuss, Herr Kreisrechtsdirektor Stefan Heithoff, als stellv. Ausschussvorsitzender bestellt.</p>	

**6. Verlagerung der Städtischen Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung und Stadtpflege**

Beigeordneter Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze zeigt auf, dass in einem ersten Schritt beschlossen worden sei, verschiedene technische Organisationseinheiten der Stadtverwaltung zukünftig im noch umzubauenden Bauteil A des Gymnasiums unterzubringen und in der Folge, die beim Städtischen Abwasserbetrieb angemieteten Räume in den Liegenschaften Hindenburgstraße 58/Friedrich-Ebert-Straße 1 und Friedrich-Ebert-Straße 3 aufgegeben würden. Mit Blick auf diese bereits getroffenen Beschlüsse sowie aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Entwicklungen, wie Zustand der Betriebshalle und Verhandlungen mit Investoren, sei es aus Sicht der Verwaltung erforderlich, zum jetzigen Zeitpunkt Entscheidungen zur Verlagerung der Städtischen Eigenbetriebe zu treffen.

Im Folgenden stellt er die Auswirkungen der Verlagerung der Eigenbetriebe auf die Finanzen der Betriebe und des Städtischen Haushalts vor, wobei er sich auch auf die Sitzungsvorlage Nr. VIII/466 bezieht. Es werde derzeit davon ausgegangen, dass zur Finanzierung des neuen Standortes und der entsprechenden neuen Einrichtungen insgesamt Investitionen in



Höhe von 3,75 Millionen Euro erforderlich seien. Dieser Betrag könne sich im Laufe des Verfahrens noch verändern.

Durch die beabsichtigte Veräußerung der Liegenschaft Hindenburgstraße 58/Friedrich-Ebert-Straße 1 würde ein Buchgewinn von rund 289.000,00 Euro entstehen. Die Veräußerung der Liegenschaften Friedrich-Ebert-Straße 3 und Friedrich-Ebert-Straße 5a dagegen, würde zu Bilanzverlusten von rund 440.000,00 Euro bzw. 480.000,00 Euro führen. Für die Betriebshallen an der Friedrich-Ebert-Straße 5a bestehe ggf. die Möglichkeit der Vermietung.

Nach den derzeitigen Berechnungen würde die Betriebsverlagerung mit folgenden Mehrkosten bei den Kanalbenutzungsgebühren verbunden sein

- Schmutzwasser (mit Klärwerkskosten) zusätzlich 0,04 Euro/m<sup>3</sup>
- Schmutzwasser (ohne Klärwerkskosten) zusätzlich 0,02 Euro/m<sup>3</sup>
- Niederschlagswasser zusätzlich 0,02 Euro/m<sup>3</sup>

Anschließend zeigt der Beigeordnete Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze noch die belastenden Auswirkungen auf die Aufwendungen/Erträge des Abwasserbetriebes mit rund 51.000,00 Euro jährlich bzw. der Stadt mit knapp 44.000,00 Euro jährlich auf. Er stellt fest, dass bereits bei den Vorschlägen zur zukünftigen Nutzung des Bauteils A des Gymnasiums darauf hingewiesen worden sei, dass die Maßnahmen nicht zum „Nulltarif“ umzusetzen seien. Zudem müsste auch in die vorhandenen älteren Gebäude investiert werden.

Zusammenfassend schlage die Verwaltung aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen eine Verlagerung der Betriebe zum Püllenweg vor. Die Entscheidung müsse zum jetzigen Zeitpunkt getroffen werden, da ansonsten am vorhandenen Standort Ersatzinvestitionen an der Betriebshalle zur Sicherstellung des Winterdienstes zu tätigen wären.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bemängelt, dass nach ihrer Auffassung bereits alles beschlossen sei und nur eine Alternative aufgezeigt werde. Finanzieren müssten dies dann die Bürgerinnen und Bürger durch höhere Kanalbenutzungsgebühren. Sie denke, eine Möglichkeit sei beispielsweise auch, die alte Betriebshalle abzureißen und eine Neue zu bauen. Dies würde dann geringere Kosten von etwa 600.000,00 Euro verursachen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erinnert, dass der politische Beschluss gefasst worden sei, den Bauteil A des Gymnasiums zu einem Verwaltungsgebäude umzubauen. Entsprechende Beauftragungen an Architekten seien bereits erfolgt. In der Folge, würden die zur Zeit an die Verwaltung vermieteten Räume des Städtischen Abwasserbetriebes in der Hindenburgstraße 58/Friedrich-Ebert-Straße 1 und der Friedrich-Ebert-Straße 3 spätestens ab 2013 leer stehen. In ihrem jetzigen Zustand seien die Gebäude wohl nicht mehr zu vermieten, da sie den heutigen energetischen Anforderungen nicht mehr entsprechen würden. Des Weiteren sei die Betriebshalle wegen statischer Probleme stillgelegt. Insgesamt würde die Bausubstanz der Gebäude in der Praxis keinen großartigen Wert mehr ergeben. Wie dargestellt, sei jetzt eine grundsätzliche Entscheidung zur Verlagerung der Betriebe zu treffen. Der Beschluss könne auch lauten, nicht zu verlagern, dann müsse jedoch in die vorhandenen Gebäude investiert werden.

Zu angeblich schon getroffenen Entscheidungen weist Bürgermeister Heinz Josef Dick darauf hin, dass das Grundstück von der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft erworben worden sei. Das Grundstück sei zwar für den Zweck der Verlagerung der Betriebe geeignet, könne jedoch auch anderweitig genutzt werden. Insofern habe die WEK die Fläche derzeit für die Stadt reserviert, bis eine Entscheidung gefallen sei. Sofern ein Beschluss gegen die Verlagerung erfolge, werde die WEK das Grundstück umgehend wieder veräußern.

Weiter, so Bürgermeister Heinz Josef Dick, würden sich hinter der Thematik auch die Gespräche mit den interessierten Investoren für die Grundstücke Friedrich-Ebert-Straße 1/ Hindenburgstraße 58 verbergen. Diese erwarteten von Seiten der Stadt möglichst schnell eine Aussage über ihren Standpunkt. Bislang habe er gesagt, dass bis 2013 auf dem Gelände nichts weiter geschehe. Er wolle jedoch so fair sein, bis zu diesem Herbst eine Antwort zu geben, ob die Politik das Gesamtkonzept mittrage; insofern erwarte er eine politische Entscheidung. Der Vorschlag der Verwaltung würde sowohl dem demographischen Wandel als auch der räumlichen Situation in den Eigenbetrieben gerecht.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack spricht die aus seiner Sicht immensen Investitionskosten von knapp 4 Mio. Euro an. Grundsätzlich halte er es zwar immer für richtig, in Immobilien zu investieren. Im Zusammenhang mit der schlechten Haushaltssituation der Stadt müsse jedoch geprüft werden, auf welche Weise geringere Ausgaben notwendig würden. Es dürfe kein Prestigeobjekt auf den Weg gebracht werden. Die Ratsfraktion Die Linke lehne den Vorschlag der Verwaltung daher ab.

Beigeordneter Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze stellt fest, dass der Begriff immense Kosten zu definieren sei. Jetzt einen Betrag von 300.000,00 Euro als Ersatz für die Halle zu investieren, um eine kurzfristige Lösung zu realisieren und die damit verbundene Zerschlagung eines städtebaulichen Konzeptes, wie durch Bürgermeister Heinz Josef Dick gerade dargestellt, sei sicherlich nicht sinnvoll. Er zeigt weiter auf, dass die Gemengelage zwischen altengerechtem Wohnen und Abwasserbetrieb an dieser Stelle nicht möglich sei, da der Betrieb bis zu 24 Stunden täglich im Einsatz sei. Er bezeichnet die jetzige Ausgangssituation in dieser Form als einmalig; sofern beschlossen würde, die Betriebe nicht zu verlagern, würden diese sicherlich für die nächsten 15 bis 20 Jahre an diesem Gelände verbleiben. Mit Blick auf die dargestellte Gesamtsituation halte er es jedoch für nicht wirtschaftlich, die Eigenbetriebe an ihrem jetzigen Standort zu belassen.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen fragt nach, warum keine Alternative für den Verbleib am jetzigen Standort aufgezeigt worden sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze führt hierzu aus, dass es keinen vernünftigen Vorschlag für eine weitere Nutzung des jetzigen Standortes geben würde. Wenn die zurzeit noch untergebrachten Organisationseinheiten der Verwaltung die Räumlichkeiten des Abwasserbetriebes verlassen würden sei fraglich, wie die zukünftige Nutzung aussehen würde. Wie schon festgestellt, seien an dieser Stelle ein Abwasserbetrieb und ein Altenheim nebeneinander nicht zu realisieren. Insgesamt würde damit eine unwirtschaftliche Situation entstehen.

Das Ausschussmitglied Peter Berger zeigt sich über die aktuelle Diskussion verwundert. Die Beschlussvorlage der Verwaltung sei ein Vorschlag, um das Gesamtkonzept „Zentralisierung der Verwaltung“ umzusetzen, bei dem auch der Demographische Wandel mit berücksichtigt würde. Bei den bisherigen Entscheidungen sei bekannt gewesen, dass die gesamten Maßnahmen nicht zum „Nulltarif“ umgesetzt werden könnten. Zudem müsste in die vorhandenen Objekte in hohem Maße investiert werden und es sei sicherlich keine Lösung ein Seniorenheim und den Abwasserbetrieb nebeneinander zu betreiben. Daher schlage die Verwaltung heute vor, die Eigenbetriebe an den Püllenweg zu verlagern. Entsprechende Grundsatzbeschlüsse seien hierzu bereits gefasst worden. Insofern könne er eine Diskussion, die Eigenbetriebe am jetzigen Standort zu belassen, nicht nachvollziehen. Die CDU stehe hinter dem Gesamtkonzept und befürworte daher den Vorschlag der Verwaltung, die Eigenbetriebe zu verlagern.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny teilt für die SPD-Ratsfraktion mit, dass diese der Sitzungsvorlage ebenfalls zustimmen werde. Die SPD-Ratsfraktion habe zum einem gesagt, dass sie „das technische Rathaus“ befürworte und wolle zum anderen im Bereich des Bahnhofes ein altersgerechtes Wohnen umsetzen. Den für die Eigenbetriebe vorgeschlagenen Standort Püllenweg halte sie für eine gute Lösung, da dieser immer noch relativ zentral sei. Sicherlich wäre es interessant gewesen, zu wissen, welche Investitionskosten im Bereich der Gebäude Friedrich-Ebert-Straße angefallen wären. Fraglich sei allerdings, inwieweit diese Erkenntnis für die weiteren Entscheidungen etwas bringen würde. Zudem halte die SPD-Ratsfraktion die jetzigen Räumlichkeiten der Eigenbetriebe auch nicht für optimal für die Mitarbeiter. Insofern seien die jetzt vorgeschlagenen Schritte konsequent und richtig und würden seitens der SPD-Ratsfraktion unterstützt.

Bürgermeister Heinz Josef Dick zeigt nochmals auf, dass nach Umbau des Gebäudeteils A des Gymnasiums für den Abwasserbetrieb Mieteinnahmen sowohl für das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße als auch für das Stadtarchiv wegfallen würden. Damit die Räume überhaupt wieder vermietet werden könnten, müssten erhebliche Investitionen getätigt werden, um energetisch auf den neuesten Stand zu kommen. Insofern sei der jetzige Vorschlag eine zukunftsweisende Alternative mit der Option, an diesem Standort ein Seniorenheim errichten zu können. Er betont abermals, dass mit einer Entscheidung, den Abwasserbetrieb an diesem Standort zu belassen, wegen des Betriebes von bis zu 24 Stunden täglich, keine Möglichkeit bestehe, daneben ein Altenheim zu errichten.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bemängelt wie die FDP-Ratsfraktion das Fehlen der Darstellung von Alternativen am jetzigen Standort und stellt fest, dass einige der jetzt genannten Zahlen auch schon in der Sitzungsvorlage hätten aufgezeigt werden können. Grundsätzlich sei zwar nachvollziehbar, dass die Betriebshalle neu gebaut werden müsse; es könne jedoch nicht sein, dass mit der Hindenburgstraße 56, der Friedrich-Ebert-Straße 1 und 3 insgesamt drei Gebäude ungenutzt seien und an anderer Stelle neu gebaut werde.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass er ohne entsprechende Beschlüsse mit interessierten Investoren keine weiteren Gespräche führen könne. Auch er wolle Leerstand vermeiden, benötige für die weitere Vorgehensweise allerdings den erklärten Willen des Rates.

Beigeordneter Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erinnert, dass auch beim Beschluss, den Gebäudeteil A des Gymnasiums umzubauen, ein Thema die Aufgabe des Gebäudes Hindenburgstraße 56 gewesen sei. Seinerzeit sei nicht gefordert worden, dieses Gebäude erst einmal zu vermarkten.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben kann die Diskussion nicht nachvollziehen. Es sei beschlossen worden, die Verwaltung zu zentralisieren; davon würden auch Entscheidungen zu diesen Gebäuden abhängen. Der Entschluss, die Eigenbetriebe an einer anderen Stelle unterzubringen, sei notwendig.

Hinsichtlich der genannten Investitionssumme von 3,75 Mio. Euro könne er die geäußerten Bedenken nachvollziehen. Es sei erforderlich, dass sowohl der Hauptausschuss als auch die Verwaltung bei den weiteren Planungen darauf achten würden, dass nur das Notwendigste gebaut werde. Aber die Entscheidung zu einer Verlagerung sei dem Grunde nach bereits getroffen worden.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bestätigt, dass die Verwaltung wie durch Ausschussmitglied Wolfgang Houben gewünscht vorgehen und zweckmäßig bauen werde, um den genannten Kostenrahmen zu halten. Hierbei seien aber auch energetische und arbeitsschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten. Er gibt noch zu Bedenken, dass das jetzige Areal alles andere als gut für den Ablauf in den Betrieben geeignet sei. Von daher würden durch die Verlagerung der Eigenbetriebe auch Synergieeffekte erwartet, da dann die Möglichkeit

bestehe, schneller an die entsprechenden Bezugspunkte zu gelangen. Weiterhin sei bei der jetzigen Entscheidung auch der städtebauliche Aspekt zu beachten. Es bestehe die Chance, im Gegensatz zur bisherigen Situation, ein positives Entree für Korschenbroich zu schaffen. Leerstände sollten an dieser Stelle in jedem Fall vermieden werden.

<b>Beschluss-Nr. VIII/466</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>12 Stimmen dafür</b> <b>4 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich mit den Stimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von Die Aktive und FDP, die Verlagerung der Städtischen Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung und Stadtpflege zu beschließen.</p> <p>Darüber hinaus empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat, der Neuerrichtung der zur Verlagerung der Betriebe notwendigen Bauten und Betriebseinrichtungen auf dem Grundstück gemäß dem vorliegenden Lageplan im Bereich des Bebauungsplangebietes „Püllenweg“ zuzustimmen.</p> <p>Der Lageplan ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 1 und wesentlicher Bestandteil dieser Empfehlung beigelegt.</p>	

## 7. Mitteilungen

Bürgermeister Heinz Josef Dick nimmt zu einer Anfrage des Ausschussmitgliedes Bernd Makowiack aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 17.05.2011 Stellung und informiert, dass der Behindertenbeauftragte Herr Schmitz hinsichtlich Fortbildungen und den dazugehörigen Dienstreisen genauso wie die Mitarbeiter der Verwaltung behandelt werde.

## 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack spricht Beschädigungen an der Fassade des Hannen-Stammhauses an und bittet um Beseitigung.  
Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass dies Sache des Eigentümers wäre und dieser informiert sei. Eine Beseitigung sei jedoch mit größerem Aufwand verbunden, da hierfür spezielle Materialien und Farben benötigt würden. In diesem Zusammenhang spricht er die Verhandlungen mit dem Eigentümer hinsichtlich des auslaufenden Mietvertrages und der späteren Nutzung des Gebäudes durch den Eigentümer an.
  
- b) Das Ausschussmitglied Jutta Goebel weist zum Brunnenbau an der Straße Am Hallenbad darauf hin, dass keine Umleitungsbeschilderung aufgestellt worden sei. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

- c) Das Ausschussmitglied Jutta Goebel bezieht sich auf die letzte Sitzung des Arbeitskreises Demographischer Wandel im August und fragt nach, ob schon eine Seniorenbeauftragte bestellt worden sei.  
Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass dies Frau Köhnen werden solle.

Herr Stadtoberverwaltungsrat Drohen ergänzt, das Frau Köhnen noch eine entsprechende Urkunde persönlich ausgehändigt werde, was urlaubsbedingt bislang noch nicht möglich gewesen sei.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht an, dass die Arbeitsgruppe Wirtschaft zum Demographischen Wandel länger nicht mehr getagt habe.

Herr Stadtoberverwaltungsrat Drohen bestätigt, dass derzeit ein gewisser Stillstand eingetreten sei, da sich die Arbeitsgruppe nicht mehr eingeladen habe. Seitens der Verwaltung könne jedoch nachgehakt werden.

Das Ausschussmitglied Max Neumann bestätigt die Feststellung von Herrn Drohen und findet dies bedauerlich. Auch bei dieser Arbeitsgruppe sollte wieder ein weiterer Schritt gemacht werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick informiert in diesem Zusammenhang über einen Besuch bei der Firma Sempell. Bei diesem Termin habe er sich ausdrücklich für die Standorttreue der Firma Sempell bedankt.